

Wenn die Hinwendung zum Christentum lebensgefährlich wird

Quelle: CSI.de vom 18.06.2016

In Uganda häufen sich Übergriffe auf ehemalige Muslime, die Christen geworden sind. Die Attacken geschehen mehrheitlich in östlichen Gebieten, wo die muslimische Minderheit stark verbreitet ist. Der islamistische Extremismus wird immer stärker. Die Regierung ist gefordert.



Verwandte eines vergifteten Pastors warten im Spital von Mbale auf Neuigkeiten des Arztes msm

Uganda ist ein mehrheitlich christliches Land. 85 Prozent der Einwohner sind Christen. Muslime, darunter vorwiegend Sunniten, machen etwa elf Prozent aus. Sie leben vor allem im Osten des Landes. Und mit Yoweri Museveni hat Uganda einen christlichen Staatschef. Doch weder die numerischen Verhältnisse noch die Religionsfreiheit in der ugandischen Verfassung halten Islamisten vor Übergriffen ab.

Ehemalige Muslime leben gefährlich

Die meisten dokumentierten Übergriffe betreffen ehemalige Muslime, die sich dem christlichen Glauben zugewendet haben. Die Angriffe haben in jüngster Zeit zugenommen.

Im August 2014 hatte Ntende Hawa nach einem evangelistischen Anlass den christlichen Glauben angenommen. Als ihr Mann, Daparah Mumpi, von ihrer Konversion erfuhr, rastete er aus und schrie «Allahu Akbar» (Gott ist größer). Er schlug mit einem Gegenstand auf seine Frau ein. Nachbarn konnten die junge Frau und die verängstigten Kinder retten.

Vor dem Richter zeigte der gekränkte Mann keine Reue: «Der Koran erlaubt es mir, Abtrünnige vom Islam zu töten.» Am 4. April 2016 ging Mumpi mit einer Machete auf seine Frau los. Sein Bruder konnte Schlimmeres verhindern.

Auch weitere Beispiele bestätigen die zunehmenden Übergriffe auf Konvertiten:

Die 42-jährige Witwe Amina Napiya, die zwei Jahre zuvor Christin geworden war,

musste am 16. März 2016 mit ihren fünf Kindern aus ihrem Dorf Nakajete (Ostuganda) fliehen. Ihre 13-jährige Tochter war drei Wochen zuvor vergewaltigt worden. Der Täter nannte die Vergewaltigung eine Warnung an die Mutter, die Schande über den Islam gebracht hätte.

Nicht selten müssen vom Islam abgewandte Christen ihre Bekehrung mit dem Leben bezahlen, wie beispielsweise Laurence Maiso. Vier Tage vor seiner Ermordung am 27. Januar 2016 hatte ihn der Imam Kamulali Hussein besucht und ihn mit Allahs Todesengeln bedroht. Einen Monat zuvor starben fünf Christen, die in ihrem mehrheitlich muslimischen Dorf ihren Glauben im Untergrund praktizierten. Sie hatten bei einem konvertierten Christen das Bibelstudium besucht und wurden mit Pestiziden in der Mahlzeit vergiftet. Unter den Getöteten war auch eine schwangere Frau.

Wachsender Einfluss des Wahhabismus

Die radikale Ablehnung und die rohe Gewalt, mit der sich Konvertiten konfrontiert sehen, deuten auf einen wachsenden extremistischen Einfluss der Muslime in Uganda hin.

Das war nicht immer so. Lange Zeit galt der Islam in Afrika als tolerant. Die meisten afrikanischen Muslime sind sufistisch geprägt und leben einen persönlichen, spirituellen Islam, der mit dem Wahhabismus nichts am Hut hat. Doch der zunehmende Einfluss von Saudi-Arabien und Katar hat den Extremismus in Afrika gefördert. Dies vor allem durch afrikanische Studenten im Nahen Osten, die nach ihrer Ausbildung nach Hause zurückkehren.

Die Regierung Ugandas bekräftigt seit langem ihre Bemühungen für eine friedliche Koexistenz zwischen den Christen und den Muslimen. So mahnte Präsident Yoweri Museveni 1989, dass Muslime nicht ausgegrenzt werden dürften. Gleichzeitig warnte er vor religiösem Fanatismus.

Attentat wegen militärischem Einsatz?

Diese Warnung gilt heute noch: «Die Bedrohung durch den islamistischen Extremismus ist ein großes Problem», sagte Ugandas Premierminister Dr. Ruhakana Rugunda vor kurzem in einem Fernsehinterview und fügte an: «Um den Extremismus zu bekämpfen, ist es unsere Aufgabe, transparent zu sein und Verantwortung zu übernehmen.»

Uganda stellt einen Großteil der afrikanischen Friedenstruppe, um Somalias Regierung im Kampf gegen den von den Islamisten angestrebten Gottesstaat zu unterstützen. Gerade in diesem militärischen Engagement sieht die Regierung einen wesentlichen Grund für den wachsenden islamischen Extremismus in Uganda. Der traurige Höhepunkt war das Bombenattentat von Mitte Juli 2010 in der Hauptstadt Kampala, bei dem 79 Menschen starben. Als Urheber gelten nebst der Terrormiliz Al-Shabaab auch einheimische Islamisten.

Schließung der Madrasas – eine Provokation?

Die Regierung ist bemüht, gegen den wachsenden Islamismus vorzugehen. Im März 2015 wurden fünf Koranschulen, sogenannte Madrasas, geschlossen. Die Regierung begründete den Schritt damit, dass junge Studenten in diesen Madrasas radikalisiert

werden und sich dann extremistischen Rebellengruppen anschließen. Eine der meist gefürchteten Milizen, die mit den geschlossenen Madrasas in Verbindung gebracht werden, ist die Allied Democratic Forces (ADF), die vom Kongo aus mehrere blutige Anschläge in Uganda verübt hat.

Mit der Schließung der Madrasas hat Ugandas Regierung einen Teil der einheimischen Muslime erzürnt. So wurde die Maßnahme von einem der führenden muslimischen Geistlichen, Kassim Nakibinge, heftig kritisiert. Für Muslime mit Radikalisierungspotenzial sind solche Maßnahmen Wasser auf die Mühlen. Denn gerade im Bildungsbereich fühlen sich viele Muslime in Uganda benachteiligt. Die ugandische Regierung würde die Muslime im staatlichen Bildungswesen zu wenig integrieren, meint Haji Nsereko Mutumba, Vorsitzender der «Uganda Muslim Supreme Council.»

Die Regierung in Uganda steht vor einer großen Herausforderung, dem wachsenden Islamismus Einhalt zu gebieten. Es ist ein Balanceakt zwischen integrativen und sanktionierenden Maßnahmen, um die Religionsfreiheit im ganzen Land zu schützen.

Autor: Reto Baliarda